

Brüssel, den 13. Juli 2017
(OR. en)

10934/17

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0432 (COD)**

**CODEC 1198
UD 174
PE 54**

INFORMATORISCHER VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsrahmen der Europäischen Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen - Ergebnis der ersten Lesung des Europäischen Parlaments (Straßburg, 3. bis 6. Juli 2017)

I. EINLEITUNG

Die Berichterstatterin Frau Kaja KALLAS (ALDE - EE) hat dem Plenum im Oktober 2016 im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz einen Bericht mit 42 Abänderungen (Abänderungen 1 - 42) zu dem Richtlinienvorschlag vorgelegt.

Bei seiner Abstimmung im Plenum am 25. Oktober 2016 hat das Parlament alle 42 Abänderungen angenommen und das Dossier an den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zurückverwiesen, sodass die erste Lesung des Parlaments noch nicht abgeschlossen ist¹.

II. AUSSPRACHE

Die Aussprache fand am 24. Oktober 2016 statt.

¹ Siehe den Informatorischen Vermerk vom 8. November 2016 in Dokument 13753/16.

III. ABSTIMMUNG

Das Plenum hat am 5. Juli 2017 seinen Standpunkt in erster Lesung in Form der bereits am 25. Oktober 2016 gebilligten Änderungen angenommen² und damit die erste Lesung beendet.

Der auf diese Weise geänderte Kommissionsvorschlag und die legislative EntschlieÙung stellen den Standpunkt des Parlaments in erster Lesung dar. Der Wortlaut der legislativen EntschlieÙung des Europäischen Parlaments ist in der Anlage wiedergegeben.

² Siehe den Informativischen Vermerk vom 8. November 2016 in Dokument 13753/16.

P8 TA-PROV(2017)0300

**Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen
***I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juli 2017 über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsrahmen der Europäischen Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (COM(2013)0884 – C8-0033/2014 – 2013/0432(COD))
(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)**

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2013)0884),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 33 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C8-0033/2014),
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 und die Artikel 33 und 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
 - unter Hinweis auf die vom litauischen Parlament und vom schwedischen Parlament im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegten begründeten Stellungnahmen, in denen geltend gemacht wird, dass der Entwurf des Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 21. September 2016³,
 - gestützt auf die Artikel 59 und 39 seiner Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie die Stellungnahme des Ausschusses für internationalen Handel (A8-0239/2016),
1. legt als seinen Standpunkt in erster Lesung den am 25. Oktober 2016 angenommenen Text fest;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

³ ABl. C 487 vom 28.12.2016, S. 57.